

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 3.00 einschließl. des Quart. Unterhaltungsblattes in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Reichs oder der Provinzen oder der Gebietskörperschaften — hat der Herausgeber keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Zahlung des Bezugspreises.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 20 Bg., auswärts 25 Bg. Im Restamtteil die Zeile 50 Bg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Bg. — Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Nr. 183.

Sonntag, den 10. August

1919.

Nachstehende auch für Sachsen gültige Verordnung des Reichswehrministers wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 6. August 1919.

877 III Kr. 1 B

Wirtschaftsministerium.

8613

Abteilung für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 270/7. 19. R. R. U.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292), auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1304) und auf Grund des Erlasses der Reichsregierung, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die von den Kriegsministerien und den Militärbefehlshabern erlassene, den Betroffenen namentlich zugestellte Verfügung Nr. Ch. I. 205/6. 16. R. R. U., betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von Retortengraphit vom September 1916 wird hiermit aufgehoben.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 21. Juli 1919 in Kraft.

Berlin, den 21. Juli 1919.

Der Reichswehrminister.

Im Auftrage Hedler.

Pflichtfeuerwehr betreffend.

Am Dienstag, den 12. August 1919, abds. 1/2 8 Uhr findet eine Pflichtfeuerwehrausübung statt. Sämtliche Mannschaften der Pflichtfeuerwehr (Jahrgänge 1890—1899) haben sich unter Anlegen ihrer Feuerwehrabzeichen pünktlich vor der **Selektenschule, Bachstraße 1**, einzufinden.

Unpünktliches Erscheinen sowie unentschuldigter Veräumnisse werden bestraft. Entschuldigungen sind nur in der Reichskanzlei mündlich oder schriftlich ausreichend begründet anzubringen. Die Oberführung sowie die Führer sind angewiesen, keine Entschuldigungen anzunehmen. **Abwesenheit vom Orte** gilt nur dann als Entschuldigungsgrund, wenn der Nachweis einwandfrei erbracht wird, daß die Entfernung vom Orte **unaufschiebbar** war.

Eibenstock, den 8. August 1919.

Der Stadtrat.

Zur Auszahlung kommen

- Mittwoch, 13. August, vorm. Reichsfamilienunterstützung.**
 - Freitag, 15. August, vorm. 8—9 Uhr Unterstützung** an Eltern und unehel. Kinder gefallener Soldaten,
 - vorm. 9—10 Uhr Zusatzunterstützung** an Empfänger von Renten aus der Arbeiterversicherung,
 - vorm. 10—11 Uhr Rentenbeihilfen** an Kriegserwitwen und Kriegserwaisen,
 - Dienstag, 26. August, vorm. Zusatzunterstützung.**
- Eibenstock, am 9. August 1919. Der Stadtrat.

Die letzte Woche.

Die neue deutsche Verfassung ist nach ihrer endgültigen Annahme durch die Nationalversammlung in Weimar Reichsgesetz. Sie soll also auch von allen Deutschen geachtet und geehrt werden. Die Flaggenhissung auf den amtlichen Gebäuden war eine äußere Form, es wird sich nun darum handeln, praktisch zu beweisen, ob das deutsche Volk sich in allen seinen Teilen zu dieser freiesten Verfassung, die die Arbeit als Ideal hinstellt, auch durch die Tat bekennet. Die Probe auf das Exempel muß jetzt geleistet werden in der großen Tagesfrage der Kohlenversorgung, die nicht durch Kommissionen und die Hoffnung auf einen milden Winter zu lösen ist. Kommissionen haben wir seit Jahr und Tag genug, aber große Dinge für das praktische Leben sind von ihnen nur wenig bisher verrichtet worden. Der Kohlenmangel besteht heute schon, er wird verstärkt zur Not durch die Anforderungen der Entente. Es wird beraten, wie die Produktion verstärkt werden soll. Was soll da ein langes Beraten, wo der einfache Weg der Tat durch tätige Arbeit klar vor uns liegt. Die Ernteschwierigkeiten sind zum großen Teil überwunden, also muß auch die Kohlennot behoben werden, und das kann sie, wenn kein höherer Wille hindert.

Die Entente hat zugestanden, daß unter Umständen die Okkupation des linken Rheinuferes früher als in 15 Jahren enden kann und daß die Verpflegungskosten für ihre Truppen, die Deutschland zu zahlen hat, 240 Millionen nicht übersteigen sollen. Das ist der erste Hoffnungsweg für die Zukunft. Aber wichtiger ist, daß man in Versailles in der Gegenwart menschlich ist, von seinen übertriebenen Forderungen in dem Kohlen und in dem Rüstungsabseht. Und daß die Behandlung der besetzten Gebiete nicht nur den Worten nach eine gerechte sein soll, daß die Versuche unterbleiben, die Bevölkerung für eine Loslösung des Rheinlandes von Deutschland zu beeinflussen. Da wird von unserer Seite noch viel Energie aufgewendet werden müssen. Und noch mehr im Osten. Denn die „polnische Volksseele“ äußert sich sehr rauh. Die Abschließung eines deutschen Flugzeuges wird als kein rühmlicher Beweis der polnischen Kultur bezeichnet werden.

In Weimar hat jetzt die Nationalversammlung mit der Fertigstellung der großen Steuerentwürfe begonnen. Das Geld, das sie verlangen, muß geschaffen werden, aber die praktischen technischen Schwierigkeiten dieses Riesensteuerbuletts werden sich erst bei der Feststellung der Einzelheiten ergeben. Schließlich steht der Pflicht zum Steuerzahlen doch ein Recht zum Leben gegenüber. Wenn alles sich nach einem bestimmten Schema ordnen ließe, so wäre die Vermögensflucht nie so groß und so verlustreich für das Reich geworden, wie es tat-

sächlich der Fall ist. Dazu kommt, daß die Bekanntheit unserer Steuerprojekte die Franzosen mit immer höheren Milliarden-Entschädigungen jonglieren läßt. Sie verstreuen sich mit ihren Andeutungen ins Ungemessene, aber sind noch immer nicht dazu gekommen, für die Freilassung unserer Gefangenen einen bindenden Termin festzusetzen.

Die Schweiz, England, Amerika waren Schrupplage von großen Arbeiterstreiks, während sich in Italien die Eisenbahnarbeiter bereit erklärt haben, eine Stunde länger zu arbeiten, um die industrielle Arbeit zu fördern. Dieses Beispiel verdient gewiß Nachahmung, ob sie selbst in Italien kommen wird, ist allerdings etwas anderes. Auch dort ist das Streikfever größer, wie die Lust zur Tätigkeit. Die Ratifizierung des Friedensvertrages im feindlichen Auslande sollte nach Zeitungsmeldungen beschleunigt werden, aber abgesehen von Belgien merkt man noch nichts von Talsachen. In Paris und in Rom stehen sehr lange Debatten zu erwarten, und in Washington hält der Senat an seiner Forderung nach Abänderung der Bestimmungen über den Völkerbund fest. England hat, wie s. St. mitgeteilt, bereits im Juli ratifiziert.

Ein Hauptereignis der Woche bildete der Zusammenbruch der bolschewistischen Regierung in Budapest, das von den rumänischen Truppen besetzt ist. Die sonst so stolzen Magyaren haben sie als Befreier begrüßt, nachdem die ersten Kommunistenführer entflohen waren. Andere, die nicht mehr entkommen konnten, sind abgeurteilt und aufgehängt. Der Schaden, den die gestürzte Wirtschaft angerichtet hat, ist außerordentlich groß, allein 7 Millionen wertlose Banknoten sind gedruckt worden. Hoffentlich rafft sich Ungarn so weit auf, um seine deutschen Staatsgläubiger zu befriedigen. So bald wird das freilich nicht geschehen können, denn die Entente läßt auch dem ungarischen Staate wenig Lust zum Leben. Was mit den Bolschewisten in Rußland wird, ist noch nicht abzusehen. Mögen sie sich wirklich militärisch ihrer Gegner erwehren, finanziell muß man schließlich in Moskau doch eintreten. Denn der Rubel hat kaum noch realen Wert. Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die neue Verfassung. Die Verkündigung der Verfassung soll diesen Sonnabend stattfinden. Sie tritt dann sofort in Kraft. An Stelle des Staatenausschusses tritt dann sofort der Reichsrat. Nach der Verfassung soll die Nationalversammlung als Reichstag weiter bestehen bleiben. Man hat es jedoch unterlassen, für den Staatenausschuß eine ähnliche Bestimmung einzufügen, so daß dieser mit dem Tage des Inkrafttretens der neuen Verfassung aufhört zu bestehen. Daher muß

ein Reichsrat zusammengesetzt werden. Das dürfte aber immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen. Es könnten dann in der Zeit, in der es keine Staatenausschuß mehr gibt, der Reichsrat aber noch nicht zusammengesetzt ist, keine neuen Gesetze bei der Nationalversammlung mehr eingebracht werden, da diese sämtlich erst dem Staatenausschuß, nach dem Inkrafttreten der Verfassung dem Reichsrat vorgelegt werden müssen. Man glaubt nun einen Ausweg dadurch gefunden zu haben, daß die neuen Gesetze, die unbedingt in Kürze erledigt werden sollen, noch in diesen Tagen eingebracht werden, damit sie dem Staatenausschuß vorgelegt werden können.

Deutschland braucht ein stärkeres Heer! In Weimar finden zur Stunde Verhandlungen innerhalb des Kabinetts statt, die sich mit der Frage der Herabsetzung der Heeresstärke befassen. Wie verlautet, will das Kabinett die Entente ersuchen, auf der Verminderung auf 200.000 Mann nicht zu bestehen, weil damit die Ruhe und Ordnung sich nicht aufrechterhalten lasse. Die Entlassung der großen Mannschaftebestände sei ohne innere Schwierigkeiten nicht durchzuführen. Das Kabinett erhofft, die Entente in mündlichen Verhandlungen von der Notwendigkeit eines stärkeren Heeres zu überzeugen.

Michaelis, Hindenburg, Ludendorff und Helfferich gegen Erzberger. Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis veröffentlicht in Befristung und näherer Ausführung seiner ersten Erklärung vom 26. Juli nach Besprechung mit den Vertretern der früheren Obersten Heeresleitung und dem Staatsminister Dr. Helfferich und in Gemeinschaft mit diesen eine Darstellung zum Nachweise, daß England, entgegen der „Wahrheitswidrigen“ Enthüllung des Reichsministers Erzberger im Sommer 1917 zum Frieden nicht bereit war. Es heißt darin: „Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in keiner Weise eingengt oder erschwert worden. Sie führte jedoch schließlich zu einem negativen Ergebnis; es stellte sich heraus, daß auf der von der deutschen politischen Leitung umschriebenen Grundlage, die durchaus der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 entsprach, bei der britischen Regierung keinerlei Geneigtheit zu Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß der Kardinal-Staatssekretär und der apostolische Nuntius in München der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan eine dieser Mitteilung nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.“ Michaelis weist auf Grund dieser Feststellung die gegen ihn, die Oberste Heeresleitung und Dr. Helfferich erhobenen Vorwürfe zurück und spricht zuletzt mit den genannten Herren, die sämtlich an der diplomatischen Aktion in keiner Weise beteiligt gewesen, die Überzeugung aus, daß die Herbeiführung einer Neu-

Herung des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen von Kühlmann, in dessen Händen die diplomatische Durchführung der Aktion lag, seine Darstellung beständig würde.

— Teimling für Erzberger. Der bekannte Afrikakämpfer, General der Infanterie von Teimling hat an den Reichsminister Erzberger ein Schreiben gerichtet, in dem er davon ausgeht, daß er, als er im Jahre 1907 mit den Hottentotten einen Verständigungs-Frieden geschlossen hatte, im Reichstag und in der Presse „von den Alldeutschen und von Kriegsinteressenten“ angegriffen wurde, während Erzberger der einzige gewesen sei, der für ihn eintrat. Im Weltkriege sei jetzt Erzbergers Verständigungspolitik gescheitert an der heillosen Verblöndung der Obersten Heeresleitung, aber auch an der Schwachheit des Reichstages und an der Charakterlosigkeit der Reichskanzler. Einsichtigen Truppenführern an der Front sei klar gewesen, daß man gegen die ganze Welt unmöglich auf die Dauer siegen könne. Man atme heute endlich auf, daß endlich die Wahrheit ans Licht kommen solle. Rücksichtslos müsse mit dem Scheinweiser in die verborgensten Winkel hineingeleuchtet werden. Das deutsche Volk braucht die Wahrheit, und wenn es über Leichen ginge.

— Man begreift, daß Herr Erzberger diesen Brief eines alten Soldaten mit Befriedigung der Öffentlichkeit übergibt. In der Forderung nach rücksichtsloser Wahrheit stimmt jedermann mit General von Teimling überein; nur gegen die Zurückstufung der Wahrheit setzt das deutsche Volk in seinen besten Teilen sich entschieden zur Wehr.

— Groß-Thüringen gesichert. Wie aus Weimar gemeldet wird, neigen die Verhandlungen auf Bildung eines thüringischen Gemeinschaftsstaates einer günstigen Lösung zu. So soll Preußen dem Widerstand gegen die Abtretung bestimmter Gebiete aufgegeben haben, wie auch die Meininger Vertreter des Thüringer Volkstages vorbehaltlich dem Gemeinschaftsvertrage zustimmen wollen.

— Neue Einschränkung des Eisenbahnverkehrs. Der preuß. Minister der öffentlichen Arbeiten hat im Hinblick auf den Kohlenmangel und die Knappheit an Lokomotiven die Eisenbahndirektionen angewiesen, eine Anzahl Personenzüge vom 15. August ab ausfallen zu lassen. Die Schnellzüge sollen eingeschränkt, in den übrigen Zügen sollen möglicherweise die Schlaf- und Speisewagen ausgeschaltet werden.

— Die österreichischen Gegenanschläge. Im Obersten Rat gab Clemenceau bekannt, daß er im Besitz der österreichischen Gegenanschläge sei. Die Österreicher protestieren u. a. gegen die Entscheidung der Alliierten über das Belken von Klagenfurt und verlangen die Umgrenzung dieser Provinz in der Weise, daß die Grenze dem Laufe der Drau folgen müsse. Dr. Renner schlägt ferner vor, die Lösung des Finanzproblems der Entente zu überlassen und fordert die Alliierten auf, die Finanzverwaltung Oesterreichs zu übernehmen, damit sie sich einwandfrei davon überzeugen können, daß Oesterreich unmöglich wie gefordert, zahlen könne. In Friedenskonferenzkreisen erwartet man, daß die österreichische Antwort rasch gerichtet werden wird. Daraufhin soll gemäß dem bereits für den Vertrag mit Deutschland angenommenen Verfahren der endgültige Text der österreichischen Delegation überreicht werden, die wahrscheinlich fünf Tage Zeit für die Antwort bekommen wird.

— Alliierte Maßnahmen zur Beseitigung der Steinkohlennot in Europa. Der Oberste alliierte Rat in Paris hat eine Beratung abgehalten, wobei Hoover das Steinkohlenproblem eingehend behandelte. Der Rat hat beschlossen, eine Kommission für sämtliche europäischen Staaten zu bilden. Diese Kommission wird nicht nur die Verteilung der für Europa verfügbaren Kohlenvorräte obliegen, sondern sie soll auch Maßnahmen zur Hebung der Erzeugung treffen. Es wurde festgestellt, daß mehrere Gruben in Frankreich, Belgien und Deutschland nicht genügend produzieren. Der Rat wünschte weiter, die Einwanderung polnischer und tschechischer Arbeiter zu fördern, die in ihrem eigenen Lande wegen der Desorganisation der Industrie keine Arbeit finden und daher in den Bergwerken Westeuropas beschäftigt werden können. Frankreich hat bestimmte Kohlenmengen in Westfalen aufgekauft als Ergänzung der im Friedensabkommen mit Deutschland ohnehin vorgesehenen Kohlenmengen, die Deutschland nach Festsetzung des in dieser Frage zu treffenden Uebereinkommens zu liefern hat.

— An die Bergarbeiter Europas wendet sich ein im Pariser „Matin“ veröffentlichter Appell Hoovers. Sie werden darin aufgefordert, nicht nur das zu tun, was sie könnten, sondern das, was sie müssen. Der Achtstundentag dürfe nicht zu einer Arbeitszeit von sieben oder sechsundzwanzig Stunden herabsinken. Er läßt keinen Zweifel daran, daß Amerika Europa nicht von der Kohlennot befreien könnte, denn nach seiner Berechnung jeht in diesem Winter 20 Millionen Tonnen Brennmaterial monatlich für die Versorgung Europas.

— England. Die Versahren gegen Wilhelm II. Laut Londoner „Daily Mail“ werden die Einzelheiten des Verfahrens gegen den vormaligen deutschen Kaiser vor der Konferenz der Alliierten in Paris geregelt werden, die jedoch am Montag auf

14 Tage in die Ferien geht. „Daily Mail“ nimmt an, daß der Kaiser sich inzwischen mit der Frage seiner Verteidigung befaßt und mit deutschen Rechtsgelehrten deswegen in Verbindung getreten ist. Generaloberst v. Falkenhahn hat, einer Meldung aus Jülich zufolge, dem höchsten Rat einen Brief überreichen lassen, worin er sich an Stelle Wilhelms II. zur Verfügung stellt und die Verantwortung für alle Befehle übernimmt, die von der deutschen Obersten Heeresleitung in der Zeit vom 4. September 1914 bis zum 29. August 1916 gegeben wurden.

— Englands Finanzsorgen. Chamberlain gab im Unterhause eine sehr ernste Erklärung über die finanzielle Lage ab. Er sagte: Wenn die Ausgaben nicht vermindert werden und die Produktion nicht vermehrt wird, so gehe das Land gerade dem Bankrott entgegen. Das einzige Heilmittel für den ungünstigen Stand der Balance sei, die Einfuhr zu vermindern und die Ausfuhr nach den Ländern, die bar zahlen können, zu vermehren. Man werde der Lage Herr werden können, wenn das Volk den Schwierigkeiten geeignet und mit Patriotismus begegne.

— Japan. Japans Stellung in der Schantungfrage. Der japanische Minister des Auswärtigen veröffentlichte eine Erklärung, der zufolge Japan nicht die Absicht hat, irgend welche territoriale Souveränität Schantung beeinflussende Rechte zu beanspruchen. In der Erklärung wird gesagt, daß die japanischen Truppen sich, sobald eine Uebereinstimmung mit China erreicht ist, zurückziehen werden.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 9. August. Die Verlustliste Nr. 610 der Sächs. Armee enthält aus unserem Amtsgerichtsbezirk folgende Namen: Aus Eibenstock: Fritz Heymann, bisher vermisst, in Gefangenschaft; aus Schönheide: Willy Weigel, Gefreiter, bisher vermisst, in Gefangenschaft; aus Carlsfeld: Wilhelm Dörich, bisher vermisst, in Gefangenschaft; aus Sosa: Max Schott, in Gefangenschaft; aus Wolfsgrün: Erich Kleditsch, bisher vermisst, in Gefangenschaft. Ferner enthält dieselbe weitere Nachträge zur Vermisstenliste.

— Eibenstock, 9. August. Die Gastspiel-Vereinigung akademischer Bühnenkünstler und Musiker tritt unter der Leitung von Kapellmeister Hans Stadler Anfang September ihre diesjährige Herbst-Rundreise durch 35 Städte des Erzgebirges, Vogtlandes, Böhmen und Mährens an. Für den hiesigen Platz hat sie zwei kurz aufeinanderfolgende Gastspiele vorgesehen und zwar ein Schauspiel und eine Operette, beides in vollständiger Reinszenierung und mit eigens dazu beschafften Bühnenausstattungen. Näheres wird noch zu seiner Zeit bekanntgegeben werden.

— Baugen, 6. August. Eine interessante Erscheinung in der Baugner Raubmordaffäre ist, daß die Festnahme des Mörders eigentlich durch einen 10-jährigen Knaben ermöglicht wurde. Dieser rief am Sonntag morgen in die Gastwirtschaft Schloßkeller: „Ein Mord ist geschehen! Die Polizei klee Extrablätter an!“ Durch diese unvermutete Rede geriet ein dort anwesender Gast dermaßen in Aufregung, daß man ein Erzittern und Erschauern an ihn beobachten konnte. Die Leute wurden auf ihn aufmerksam, bemerkten jetzt auch Blutspuren an seinen Kleidern und veranlaßten die Verhaftung des Mannes, der schnell bezahlt hatte und gegangen war. Es war der Mörder.

— Jöhniß bei Plauen, 7. August. Aus unserer Kirche wurde von Einbrechern das Kreuzifix vom Altar heruntergerissen und die silberne Christusfigur gestohlen. Es handelt sich anscheinend um dieselben Räuber wie in Treuen.

— Veränderte Behördenbezeichnung. Nach dem Uebergangsgesetz für das Volksschulwesen, das am 25. Juli 1919 in Kraft getreten ist, führen die bisherigen Bezirkschulinspektionen die Bezeichnung Bezirkschulamt, die bisherigen Bezirkschulinspektoren die Bezeichnung Bezirkschulrat.

— Post für die Gefangenen in Serbien ist nach einer Mitteilung des Landesauswärtigen der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen an den Kommandanten der Kriegsgefangenen in Belgrad zu richten. Die Weiterleitung der Korrespondenz übernimmt das internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf. Die Heimtschaffung invalider und kranker Gefangener aus Serbien hat nach einer Meldung der serbischen Regierung unter Kontrolle des serbischen Hauptquartiers begonnen.

— W. M. Begünstigung des Schweineankaufs. Die Landesfleischstelle hat mit Rücksicht auf das gegenwärtig große Angebot von Ferkeln und Säugerschwänen und um die Ferkelzucht nicht zu gefährden, die Kommunalverbände angewiesen, Ankauf-Bescheinigungen für Schweine unter 25 kg Lebendgewicht in weitestgehendem Maße auszustellen. Die Kommunalverbände sind daher in der Lage, entsprechende Anträge in kürzester Zeit zu erledigen.

9. öffentliche Stadtverordneten-Sitzung vom 6. August 1919.

Anwesend: 18 Stadtverordnete, entschuldigt fehlen 3 Stadtverordnete. Vorsitzender: Herr Stadtverordnetenvorsteher Doehl. Ratvertreter: Herr Bürgermeister Hesse.

1. Abänderung der Satzung für die Erwerbslosenfürsorge.

Herr Stadtverordneter Lorenz trägt vor, daß nach wiederholten Verhandlungen des Rates und des Fürsorgeauschusses eine neue Unterstufungsstaffel für die Erwerbslosenfürsorge zustande gekommen sei, die zwar nicht ganz den Anträgen des Fürsorgeauschusses entspreche, immerhin aber durchgängig Verbesserungen gegenüber der bisher geltenden Staffel bringe. So werde beispielsweise ein kinderloses Ehepaar statt 31,20 M. künftig 39 M. erhalten. Die Wartezeit von einer Woche werde nicht mehr angewendet werden. Herr Stadtverordneter Lorenz beschränkt die Annahme der Ratsvorlage unter Hinweis auf die in den Händen der Stadtverordneten befindlichen Abzüge der Unterstufungsstaffel.

Das Stadtverordnetenkollegium stimmt der Ratsvorlage einstimmig zu.

2. Das Stadtverordnetenkollegium erkennt die Notwendigkeit zur Fortgewährung der Rentenbeihilfen an die Kriegshinterbliebenen nach Berichterstattung durch Herrn Stadtverordneten Seidel ausdrücklich an.

3. Der Herr Vorsitzende teilte kurz mit, daß an die Empfänger von Renten aus der Arbeiterversicherung vom 1. Juli 1919 ab erhöhte Beihilfen gewährt werden sollen. Die Erhöhung beträgt 30 M. monatlich für ein Rentenempfängerpaar und 15 M. monatlich für einen alleinlebenden Rentenempfänger. Das Stadtverordnetenkollegium billigt einstimmig den hierüber vorliegenden Ratsbeschlusse.

4. An der längeren Verhandlung über die Herstellung der Alara Angermannstraße bez. über die Bandeneignung hierfür beteiligten sich im Anschluß an den Bericht des Herrn Stadtverordneten Drechsler die Herren Stadtverordneten Scheller, Zeuner, Beger, Lorenz, Schlegel, Heymann, Lippold, Schreiber, der Herr Vorsitzende und der Herr Ratvertreter. Letzterer hatte betont, daß die Enteignung die Ausführung des Straßenbaues voraussetze.

Das Stadtverordnetenkollegium tritt gemäß dem Bauauschussvorschlag dem auf Durchführung des Enteignungsverfahrens lautenden Ratsbeschlusse einstimmig bei.

a) Eine während der Sitzung eingegangene Eingabe des Arbeiterrates, einen Dringlichkeitsantrag wegen der Lohnfragen der Notstandsarbeiter sowie Bezahlung der Regentage usw. einzubringen, stellt der Vorsitzende unter Zustimmung der Versammlung zur Besprechung. Er bemerkt, daß er auch ohne dieses Schreiben die Angelegenheit am Schlusse der Sitzung zur Sprache gebracht hätte und daß er bereits die Unterlagen hierüber beigezogen habe. Hierauf gibt er an der Hand der Akten eine ausführliche Sachstandsberichterstattung. Nach dieser hat sich die Stadt von 21 Gemeinden, von der staatlichen Straßenbauverwaltung und von den Fortstreuerverwaltungen Unterlagen über die dort gezahlten Löhne verschafft und aus dem Ergebnisse entnehmen müssen, daß nur einige wenige Gemeinden höhere Löhne gewähren, die Mehrzahl der Gemeinden dagegen Lohnsätze unter den hier geltenden Sätzen bewilligt. Straßenbau- und Fortstreuung haben eine Abänderung der für ihren Dienstbereich geltenden Arbeiterlöhne abgelehnt, sodaß eine Sonderregelung der Löhne für die bei der Stadt beschäftigten Arbeiter nur einem kleinen Teile der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Leute zu Gute kommen würde. Nach Lage der Verhältnisse hätten daher die beteiligten Ausschüsse zu einer Abänderung der Löhne bisher nicht gelangen können, zumal da eine Entscheidung auf die letzten Vorstellungen des Arbeiterrates in der Lohnfrage beim Straßen- und Wasserbauamt in Schwarzenberg noch nicht eingegangen zu sein scheint.

Zur Sache sprechen die Herren Stadtverordneten Zeuner und Lorenz. Ersterer beantragt unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine einseitige Regelung der Lohnfragen für die Notstandsarbeiter der Stadt nur unvollständig geordnete Zustände schaffen, mit der Zentralkommission des Bauarbeiterverbandes in Ausweg der Regelung der Notstandsarbeiterlöhne in Verbindung zu treten, damit auf dem fraglichen Gebiete endlich einmal Befriedigung und Ruhe erzielt werde.

Der Antrag des Herrn Stadtverordneten Zeuner wird einstimmig angenommen.

5. Der Stadtrat hat beschlossen, dem Arbeiterrate zur Deckung der unumgänglich notwendigen Ausgaben ein Verschmugsgeld von 500 M. zu bewilligen. Herr Stadtverordneter Ott als Berichterstatter schlägt vor, dem Ratsbeschlusse beizutreten. Das Kollegium beschließt demgemäß.

6. Herr Stadtverordneter Grohs berichtet, daß zunächst für das Jahr 1918 eine Abänderung des Ortsgesetzes über die Gewährung von Zagegeldern und Reisefosten an Mitglieder der städtischen Kollegien, Beamte und Lehrer der Stadt Eibenstock nach der Richtung stattfinden solle, daß die Zagegelddräge verdoppelt würden, dagegen aber die bisher gewährte Sondervergütung für auswärtige Uebernachtungen wegfällt. Das Stadtverordnetenkollegium stimmt der Ratsvorlage hierüber ohne Aussprache zu.

7. Am den Achtstundentag allmählich auch für die Polizeibeamten durchzuführen zu können, erweist sich die Vermehrung der Schutzleute als nötig. Die Herr Stadtverordneter Junz berichtet, haben Beamtenauschuss und Rat sich zunächst für die Errichtung einer neuen Stelle ausgesprochen. Zum Zwecke einer angemessenen Dienstentlastung für die Schutzleute einerseits und zur Aufrechterhaltung der erforderlichen Sicherheit andererseits beschloß der Herr Berichterstatter die Begründung der Stelle. Das Stadtverordnetenkollegium beschließt einstimmig nach Antrag.

8. Die Umzugskosten für einen neuen Schutzmänn wer-

den
Alp
9. Die
für
und
Wit
ten
richt
Vor
ten
sein
Rat
Vor
dem
noch
woll
10. Ge
der
25.
hie
daß
von
So
span
pflich
sein
mehr
Vehr
nicht
ten
best
arbe
schle
richt
schle
zugu
diese
Gent
und
daß
läng
beite
der
beam
beam
Vorle
Stadt
aufdr
Erung
1. Ju
auf d
minif
Herr
holt
veror
Schle
veror
a
b
D
Schle
gen h
terum
Weg d
heit d
habe
verorz
zu ge
zu gel
Fr
Stadt
den E
vorgel
währe.
Für d
tenden
selber
einmal
fortlau
Voranz
verban
11. Für
Nach
Junz
gänger
sicht
steher
ter, H
Vorlag
Da
Zwei
in verlaufen
tunere

den nach Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Appold ohne Aussprache bewilligt.

9. Die Ratsvorlage über die Neuregelung der Befoldung für die Verwaltungsgehilfen, Verwaltungsgehilfinnen und Hilfsbeamten erläutert Herr Stadtverordneter Gläß. Ueber die Einzelheiten der Vorlage sind die Mitglieder des Kollegiums durch die ihnen zugestellten Uebersichten unterrichtet worden. Der Herr Berichterstatter empfiehlt in Uebereinstimmung mit dem Vorschlag des Ausschusses für Beamtenangelegenheiten die Ratsvorlage anzunehmen.

Das Stadtverordnetenkollegium erklärt einstimmig sein Einverständnis zu den in der Sache gefaßten Ratsbeschlüssen.

Eine Anregung des Herrn Vorsitzenden wegen Vordatierung der neu festgesetzten Befoldung für 3 aus dem Heeresdienst zurückgekehrte Hilfsarbeiter gelangt nochmals an den zuständigen Ausschuß, dem wohlwollende Erwägung anheimgestellt wird.

10. Gewährung von Teuerungszulagen nach der Gesamtministerialverordnung vom 25. März 1919 an die Gemeindebeamten hier selbst.

Herr Stadtverordneter Schreiber berichtet hierzu, daß die Annahme der Vorlage einen Mehraufwand von 37370 Mark für Beamtenbefoldungen bedeute. So sehr auch die Leistungsfähigkeit der Stadt angespannt sei, könne sich die Stadtvertretung ihrer Verpflichtung, den Gemeindebeamten die erhöhten Zulagen zu gewähren, nicht entziehen. Nachdem der Staat seinen Beamten diese Zulagen gewährt und die Gemeinden zur Bewilligung derselben Zulagen an die Lehrer veranlaßt habe, könnten die Gemeindebeamten nicht unberücksichtigt bleiben. Unseren Gemeindebeamten müsse man doch das Zeugnis geben, daß sie mindestens ebensoviel und nicht weniger verantwortlich arbeiten müßten wie die Staatsbeamten. Er empfiehlt daher die Annahme der Ratsvorlage.

Herr Stadtverordneter Veger dankt dem Herrn Berichterstatter für seine sachlichen Ausführungen und schlägt gleichfalls vor, dem Ratsbeschlusse in der Sache zuzustimmen.

Herr Stadtverordneter Lorenz erinnert daran, daß diese Vorlage unvollständig den Blick auf die unzureichenden Lohnverhältnisse der Notstandsarbeiter lenke und auch dort zur Abhilfe nötige.

Demgegenüber bemerkt der Herr Berichterstatter, daß hinsichtlich dieser Teuerungszulagen der Staat längst vorangegangen sei, während hinsichtlich der Arbeiterlöhne das Beispiel des Staates noch fehle.

Herr Vizevorsitzer Ott tritt für die Gewährung der veränderten Teuerungszulagen an die Gemeindebeamten ein, zumal da diese gegenüber den Staatsbeamten auch noch des Wohnungsgeldes ermangelten.

Der Herr Vorsitzende bemerkt im Hinblick auf die Vorlage, daß es nur billig sein würde, wenn die Stadt in der Erwerbslosenfürsorge auf die Staffel B käme.

Herr Stadtverordneter Scheller beantragt, die Teuerungszulagen in der veränderten Gestalt erst vom 1. Juli 1919 an beginnen zu lassen.

Demgegenüber verweist der Herr Berichterstatter auf die entgegenstehenden Bestimmungen der Gesamtministerialverordnung.

An der weiteren Aussprache, zu der außer dem Herrn Vorsitzenden auch der Herr Ratsovertreter wiederholt Stellung nahm, beteiligten sich die Herren Stadtverordneten Gläß, Veger, Scheller, Lorenz, Remus, Schlegel und der Herr Berichterstatter. Das Stadtverordnetenkollegium beschließt

- a) einstimmig, den hiesigen Gemeindebeamten Teuerungszulagen nach den Sätzen der Gesamtministerialverordnung vom 25. März 1919 zu gewähren;
- b) gegen 7 Stimmen, diese Teuerungszulagen erst vom 1. Juli 1919 ab beginnen zu lassen.

Der Herr Vorsitzende und Herr Stadtverordneter Scheller hatten vorher bemerkt, daß der Antrag wegen des verspäteten Beginnes der Zulage keine Beamtentunfreundschaft enthalten solle, sondern der einzige Weg gewesen sei, der für die sozialdemokratische Mehrheit des Kollegiums die Vorlage annehmbar gemacht habe. Den Beamten werde man es deshalb nicht verzeihen, wenn sie durch Vermittlung der Oberbehörde zu ganz gleicher Behandlung wie die Staatsbeamten zu gelangen suchten.

In diesem Falle aber, so fährt anschließend Herr Stadtverordneter Lorenz aus, werde sich die Stadt an den Staat wenden müssen, daß er zu den von ihm vorgeschriebenen Zulagen auch staatliche Zuschüsse gewähre.

11. Für die Ruhegeldempfänger werden nach befristetem Vortrage des Herrn Stadtverordneten Schönfelder gemäß den vorliegenden Ausschußvorschlägen einmalige Teuerungsbeträge aus Mitteln der Stadt, fortlaufende Teuerungsbeträge aber nur unter der Voraussetzung bewilligt, daß sie der Landesrentenverband zur Deckung übernimmt.

12. Nach dem Beschlusse des Gesamtministeriums vom 4. Juni 1919 sind den Lehrern an den Volksschulen ergänzende Teuerungszulagen zu bewilligen. Da Aussicht vorhanden ist, daß der Staat den hierdurch entstehenden Aufwand trägt, empfiehlt der Berichterstatter, Herr Stadtverordneter Jeuner, die Annahme der Vorlage.

Das Kollegium berichtigtigt den Antrag einstimmig

unter der Voraussetzung, daß der Staat den Aufwand deckt.

13. Auf Anfrage des Herrn Stadtverordneten Heymann wird mitgeteilt, daß die heute beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung am 1. August 1919 in Kraft trete.

Bermischte Nachrichten.

Große Schiebungen mit Zucker sind durch Beamte des Landespolizeiamtes in Berlin wieder aufgedeckt worden. Der Polizei gelang es, mehrere hundert Zentner Zucker zu beschlagnahmen. Bisher wurden zehn Personen verhaftet. Zunächst gelang es den Beamten, einen Eisenbahnwaggon, der 300 Zentner Zucker enthielt, auf einem Güterbahnhof zu beschlagnahmen. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß der Waggon aus Eudenburg-Magdeburg stammte und für einen Berliner Schieber bestimmt war. Dieser und mehrere andere Personen wurden festgenommen. Im Zuge der Erhebungen wurde noch in einem Schuppen ein großer Posten Zucker, der aus einem anderen Waggon stammte, beschlagnahmt. Die Schiebungen begannen schon auf dem Güterbahnhof in Magdeburg. Drei Bahnangestellte, ein Kaufmann und ein Schmied waren die Hauptbeteiligten. Wenn der Kaufmann einen Abnehmer für einen Waggon Zucker hatte, so wurde von den Bahnangestellten einfach ein Waggon einer dortigen Zuckerraffinerie an einen anderen Zug gekoppelt, der Frachtbrief vernichtet und ein neuer mit Schreibmaschine angefertigter eingeschmuggelt. Die verschobenen Waggons rollten dann auf dem Umwege nach Berlin, wo der Hauptabnehmer für den Zucker, der im Erzeugungsorte 13000 Mark kostete, dafür 192000 Mark bezahlte. Von der letzten Zahlung wurden noch 60000 Mark bei den einzelnen Beteiligten beschlagnahmt.

Weltrekord eines deutschen Flugzeuges. Das neue Verkehrs-Flugzeug der A. G. O. erreichte am 30. Juli bei einem offiziellen Abnahmeflug mit acht Personen an Bord die Höhe von 6100 Meter und stellte damit einen neuen Weltrekord auf. Die Führung des Flugzeuges hatte der bekannte Flugschiffpiloter Ing. Paul Schwandt.

Entdeckung einer neuen Thermalquelle. In der Hauptversammlung des Heidelberger Verkehrsvereins berichteten Geheimrat Salomon und Baurat Rudolph über eine neu entdeckte Thermalquelle in Heidelberg. Die Quelle, die erhöht wurde, liefert etwa 2000 Bäder. Auch zu Trinkzwecken ist das Wasser geeignet. Es wird besonders zur Zellung rheumatischer Kinder verwendet werden können. Der Stadt Heidelberg erwächst durch die Entdeckung der Quelle eine außerordentlich ergiebige Einnahmequelle.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Erntesege. Wieder wird der Erntesege — von den Feldern eingefahren — und er kommt uns sehr gelegen — nach den langen Leidensjahren. — Aus dem Klang der Erntelieder, — die in guter Zeit wir lernten, — tönt die alte Weisheit wieder: — Wie man sät, — so wird man ernten! — Wer der Arbeit sich gestülte, — wird es nimmermehr bereuen, — wer im Beng sein Feld bestellte, — darf sich jetzt der Arbeit freuen. — Sorgen, Schaffen, Vorbereiten — soll man schon in frühen Tagen, — dann wird auch in später'n Zeiten — treue Arbeit Früchte tragen. —

Erntesege auf den Fluren, — in Plantagen und in Gärten — weist uns neuen Glückes Spuren, — lindert alter Nöte Härten. — Nach dem Kriegskleid, das betroffen — alle Völker fast der Erde, — darf die Menschheit endlich hoffen, — daß es wieder besser werde! —

Daß nicht fabelhafte Preise — mehr den Handel unterbinden, — daß sich wieder alle Kreise — in getreuer Arbeit finden, — daß sich an den Arbeitsstätten — alle fleißigen Hände regen, — denn nur Arbeit kann uns retten, — ohne sie kein Erntesege. —

Sie führt wieder zum normalen — Stand, von dem wir uns entfernten, — golden soll ihr Leitwort strahlen: — Wie man sät, — so wird man ernten. — Wer sich müht bei Sturm und Regen, — wie im heller Sonnenlange, — dem gebührt der Erntesege, — der hat Teil am Erntetrage. —

Zwar die Wucherer und die Schieber — hören dies mit lauten Wieners, — diese Leute wollen lieber — mihelos ihr Geld verdienen. — Leute, die nicht säen wollen, — sehen dennoch wo sie bleiben, — und sie schöpfen aus dem Vollen, — doch höchst dunkel ist ihr Treiben. —

Solchen schädlichen Betrieben — will man jetzt das Handwerk legen, — sie verteuern und verschlehen — und sonst noch den Erntesege. — Hält das Schleichgeschäft man nieder, — kann der Schieber nicht mehr weiter — und dann kommen wir erst wieder — in das rechte Weis. —

Neueste Nachrichten.

Chemnitz, 9. August. Die Stadt Chemnitz, in welcher bisher Ruhe und Ordnung bewahrt worden war, ist nun doch noch der Schauplatz überaus bedauerlicher blutiger Ereignisse geworden, die leider schwere Opfer an Toten und Verwundeten gefordert haben. Nachdem am gestrigen Vormittag auf dem Wochenmarkte an der Brückenstraße und auch in der Markthalle sich zahlreiche Demonstranten eingefunden hatten, die die Herabsetzung der Verkaufspreise zu erreichen suchten, folgte eine Versammlung auf dem Königsplatz, wozu sich die Arbeiterschaft verschiedener Werke mit einband. Inzwischen war es in dem ersten Nach-

mittagsstunden zu blutigen Zusammenstößen am Hauptbahnhof gekommen. Hier wurde die Truppe aus der Menge und von den nahegelegenen Häusern aus zunächst mit einzelnen Schüssen angegriffen. Die Truppe antwortete anfangs durch Schredschüsse in die Luft, sah sich aber bald genötigt, auf die Menge zu schießen, da sie von in der Nähe des Bahnhofes gelegenen Gebäuden aus mit Maschinengewehren beschossen wurde und die Menge immer mehr gegen die Truppe vordrängte. Beim Hören der Schüsse bemächtigte sich der vielen Tausende, die zunächst in Ruhe auf dem Königsplatz versammelt waren, eine wilde Aufregung, und die Massen gingen, begünstigt durch die vielen schwer zu verteidigenden Zugänge des Bahnhofes, zum Angriff gegen die Truppe mit Waffen aller Art vor. Es entwickelten sich überall Nahkämpfe, die auf beiden Seiten Tote und Verwundete kosteten und die den örtlichen Befehlshaber veranlaßten, seiner Truppe den Befehl zum Räumen des Bahnhofes zu geben, da dieser, von allen Seiten umstellt, beschossen wurde. In diesem Augenblicke kam ein, ein weißes Tuch schwenkender Abgesandter der Menge und erklärte, daß auf Grund von Verhandlungen die Truppe mit samt ihren Waffen und Fahrzeugen ungehindert unter beiderseitiger Einstellung des Feuers abziehen solle. Die Truppe stellte daraufhin das Feuer ein, worauf die Menge sich auf die Truppe stürzte, sie teils entwaffnete und die Fahrzeuge plünderte. Von dem Wunsche befeelt, dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten, wurde hierauf zwischen den Vertretern der drei sozialistischen Parteien und dem Oberbefehlshaber eine Vereinbarung erzielt. Darauf trat am Spätnachmittag Ruhe ein, die auch heute anhält.

Weimar, 9. August. Der Staatenausschuß stimmte in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf über Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren zu.

Berlin, 9. August. Der frühere Reichsfänger, Prinz Max von Baden veröffentlicht im „Berl. Tageblatt“ eine längere Darstellung der Begebenheiten, die am 9. 11. v. J. mit der Abdankung des Kaisers und dem Sieg der Revolution endeten. Er führte darin dessen Ausgang auf das bei dem Ernst der damaligen Lage unzulässige Zögern und die Unterlassungen im Großen Hauptquartier zurück. Von einer Abdankung als Kaiser und nicht als König von Preußen wäre in den zwischen Berlin und Spaa geführten Telefongesprächen am 9. 11. und auch vorher nicht die Rede gewesen. Von politischer Seite konnte niemand von selbst auf dieses Kompromiß verfallen, da es staatsrechtlich ebenso unmöglich, wie politisch unsinnig war. In Anbetracht der Verschleppung der in Anbetracht der Zustände in der Armee und in Berlin äußerst dringlichen Entscheidung sah sich Prinz Max von Baden vor die Wahl gestellt, entweder abzuwarten und nichts zu tun, oder auf eigene Faust zu handeln. Er wußte, daß er formell nicht berechtigt war, ohne Einverständnis des Kaisers die Veröffentlichung der Abdankung vorzubringen, aber er hielt es für seine Pflicht, einen solchen Entschluß des Kaisers bekanntzugeben, solange es noch einen Sinn hatte. Die durch W. T. B. veröffentlichte Abdankungserklärung war der letzte verzweifelte Versuch, den Umsturz zu verhindern und der Krisis eine verfassungsmäßige Lösung zu geben. Nur am 8. oder vielleicht auch am 9. ganz früh hätte die Abdankung des Kaisers und der Aufruf zur Nationalversammlung möglicherweise die Dynastie, zum mindesten die legale Entwicklung retten können. Diese rettende Tat unterblieb. Dafür sind, wie Prinz Max betont, diejenigen in erster Linie verantwortlich, die unter Angabe militärischer Gründe den Kaiser veranlaßten, am 29. 10. ins Große Hauptquartier zu reisen und ihn dadurch der politischen Aufklärung in der Abdankungsfrage entzogen, und diejenigen, die die Reise hinter dem Rücken des Kanzlers vorbereiteten und dadurch ein wirksames Veto der Reichsleitung verhinderten, und die, die den Kaiser bis zum 9. 11. in Unkenntnis über die Stimmung der Truppen hielten, und am 9. sich gezwungen sahen, einzugestehen, daß die Armee nicht in der Lage sei, den Kaiser zu schützen.

München, 9. August. Das Koalitionsministerium in Bayern ist wegen des Lehrergesetzes mit dem Zentrum in solche Differenzen geraten, daß dieses geschlossen gegen das Gesetz stimmen und Volksabstimmung beantragen wird. Die Zentrumsmittglieder würden infolgedessen aus dem jetzigen Koalitionsministerium auscheiden.

Konstanz, 9. August. 245 Offiziere und 412 Mann sind aus der Internierung in der Schweiz zurückgeführt.

Budapest, 9. August. Die Kommission der vier Generale hat die Anordnung der rumänischen Militärbehörde, betreffend Sperrung des Eisenbahnverkehrs, rückgängig gemacht und beabsichtigt, die Verkehrsangelegenheiten dem Leiter der amerikanischen Versorgungsmission Gregori zu übertragen. Die ersten Lebensmitteltransporte dürften bereits heute in Budapest eintreffen. Die Militärmission verhandelte gestern mit General Merderescu auch wegen der Zurückziehung der rumänischen Besatzungstruppen. Die Rumänen sollen in den nächsten Tagen Budapest verlassen.

Zwei Kaninchen
zu verkaufen
Innere Auerbacher Str. 26.

Creditreform.
Handelsauskünfte, Mahnverfahren.
Hermann Wendler, Aue 1. Ergeb.

Geflügel-Freunde lesen die
Geflügel-Welt, Chemnitz E. 7.
Probe-Nr. mit Bilderzettel gratis.

Gebrauchter Nähmaschinen
zu kaufen gesucht
Albertplatz 1.

Nächsten Montag von Vormittag 9 Uhr an Gerichtstag in Schönheide.

„Deutsches Haus.“

Sonntag, den 10. August, von 4 Uhr ab
großer öffentlicher Ball,
 abwechselnd Blas- und Streichmusik.
 Neueste Tänze. Neueste Gesangsschlager.
 Freundschaft ladet ein. Franz Reiter.
 Ein unabhängiger zuverlässiger Kontrolleur wird das. gesucht.

Hotel zur Forelle Blauenthal
 :-: Luftkurort und Park-Restaurant. :-:
 Heute Sonntag von nachm. 3 Uhr an
Feiner Extra-Ball,
 gespielt von der Hermann'schen Kapelle.
 Ergebenst ladet ein **Fritz Enders.**

Landwirtschaftl. und Obstbau-Verein.

Zu der Sonntag, den 10. d. Mts. in Aue Gasthaus
 „Blauer Engel“ nachm. 1/2 2 Uhr beginnenden landwirtschaftl.
 Bezirksversammlung werden alle hiesigen Landwirte und deren
 Frauen hierdurch höflich eingeladen.
 Eibenstock, den 9. August 1919.
Der Vorsteher.

Im Kalitzki'schen Laden — Forststraße —

sind wieder **Arbeiter-Drell-Hosen**
 und **Jacken, Hemden** u. s. w. einge-
 gangen, welche, wie bisher, in Serien verpackt,
 verkauft werden.

Jeder eile! Verkauf kurze Zeit!
Kein Umtausch!

Mitgl. d. Vereins f. Web-, Wirk- u. Strickwhdl.
 Kalitzki, Lenk, Mende, Seidel, Weißflög.

Bürger-Sterbeverein

Eibenstock.
 Sonntag, den 10. August 1919,
 nachmittags von 3—5 Uhr Ein-
 zahlung der monatlichen Steuer-
 ern und Aufnahme neuer Mit-
 glieder im Vereinslokal Unger's
 Restaurant, Albertplatz.
Der Vorstand.

Männer-Chor.
 Heute Sonnabend 9 Uhr
 Singstunde. Der Vorstand.

**Verband Deutscher
 Kunstgewerbezeichner.**
 Alle Mitglieder werden ersucht,
 zwecks einer wichtigen Besprech-
 ung, sich heute Sonnabend 1/2 9 Uhr
 im Restaurant „Bürgergarten“ ein-
 zufinden. Der Einberufer.

Zimmerschützen.
 Heute Sonnabend pünktlich
 8 Uhr Prämienschlessen.
Der Vorstand.

**Frische Bohnen,
 harte Möhren und Kohlrabi,
 festes Weißkraut und
 Gärtnergurken**
 empfiehlt **Aline Günzel.**

**Herren- = Damen-
 Stoffe!**

**Händler und
 Hausierer**
 beden ihren Bedarf am besten direkt
 beim Fabrikanten.
 Lagerbesuch stets lohnend.
Max Unterstab,
 Reichenbach i. V.,
 Greizerstraße. Telefon Nr. 260.

Suche für bald oder
 1. Oktober
 Wohnung mit 5—6 Zimmern
 und Garten
 zu mieten
 oder **kaufe**
 Haus mit Garten. Offerten
 unter **J. J.** an die Geschäftsstelle
 dieser Zeitung.

Leistungsfähige Ausgabestelle
 für feine Hand-, Filat- und irische
 Häkelspitzen gesucht. Muster
 mit Preisangabe der Filatspitzen
 erb. Barn wird geliefert.
A. Laesecke, Stettin,
 Gabelsbergerstraße 9.

Aleggaze
 ist laufend abzugeben.
 Anfragen unter **T. H.** an die
 Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Neues Sauerkraut,
 neue saure Gurken, täglich
 frisch geräucherter Serringe,
 Fikster und Garzer Käse**
 empfiehlt **Klara Seifert.**

**Frishgeräucherter Heringe
 und Schellfisch,
 neue saure Gurken**
 empfiehlt **Aline Günzel.**

2 hohe Hilscher-Maschinen
 hat zu verkaufen
Karl Bertram jun.,
 Falkenstein,
 Kaiser Wilhelmstraße 6.

Möbliertes Zimmer,
 möglichst separat Eingang, Nähe
 Schönheider Straße, per sofort zu
 mieten gesucht. Angebote mit
 Preisangabe unter **A. B. 436**
 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Zwei Gänse entlaufen.
Friedrich Schubert,
 Poststraße 20.

Konzert- und Ball-Etablissement Feldschlößchen.

Sonntag, den 10. August:
Große Extra-Ballmusik
 Anfang 4 Uhr. Neueste Operetten-Tänze.
 Ergebenst ladet ein **Richard Rockstroh.**

„Sächs. Hof“, Wolfsgrün.
 Sonntag, den 10. August, von nachm. an
feine Extra-Ballmusik.
 Neueste Tänze! Neueste Schlager!
 Ergebenst ladet ein **Karl Hunger.**

Der verehrten Einwohnerschaft von Eibenstock und Umgebung zur
 gefl. Kenntnisnahme, daß wir das
Geschäft des Herrn Kaspar Otth,
 vordere Rehrmerstraße 8,
 käuflich übernommen haben.
 Indem es jederzeit unser Bestreben sein wird, unserer verehrten
 Kundschaft eine reelle Bedienung angebotlich zu lassen, bitten wir
 höflichst um gütige Unterstützung unseres Unternehmens.
 Eibenstock, den 8. August 1919.
Kurt Tuchscheerer u. Frau.

— **Winterhüte** —
 zum
 Umpressen auf neueste Formen
 nehmen an
A. J. Kalitzki Nachfl.

Gile tut not! Winterkleider umfärben

(Jetzt höchste Zeit dazu).
 Im Sommer noch Kohlen für Fabriken, im Winter — fraglich.
Umfärbung aller Kleidungsstücke
 führen sachgemäß, billigst und schnellstens aus
Paul Langhof & Co., Auerbach i. Vogtl.
**Spezialeinrichtung: Umfärben von Fahnen in die
 neuen Landesfarben.**
 Annahmestelle: Frau verw. Edolmann, Brühl.

Achtung!

Gemüsehändler, Tierhalter und Spediteure!!!
 Am Montag, 11. August, trifft auf ob. Bahnhof Eiben-
 stock 1 Ladung prima landfrische Möhren (Karotten) ein-
 la. Ware zu Speise- und Futterzwecken. Dieselbe kommt am Montag
 in kleineren Posten, oder auch ganz, umständehalber spottbillig zum
 Verkauf.
 Näheres Montag mittag 1—3 Uhr Hotel Reichshof, Zim-
 mer 14, Fernsprecher 86.

Arbeitslose

finden dauernde Beschäftigung, leichte Profession, 100 Mark
 wöchentlich Verdienst und stellen zum sofortigen Antritt ein
**Gebr. Männel, Haarhandlung,
 Wildensels i. S. Nr. 105.**

**Gut melkende
 Milchziege**
 steht zum Verkauf
 vordere Rehrmerstraße 8,
 im Laden zu erfragen.

**Ein neuer
 Militärmantel**
 ist zu verkaufen. Wo, zu erfahren
 in der Geschäftsstelle des Blattes.

**Diejenige Person, die in Abt. 13
 das Handwerkszeug
 gefunden hat, wird gebeten, das-
 selbe gegen gute Belohnung in der
 Geschäftsstelle des Bl. abzugeben.**
 Frachtbriefe bei Emil Hannebohn.

Mauerziegel
 (hartgebrannte)
 liefern prompt ab Werk,
 Bahnhof drei Ban mit
 Kaffauto

**Biegelwerke
 LORENZ,
 Schöned i. V.**

Bekanntmachung.

Unserer werten Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir jetzt
 wieder in der Lage sind,
alle bunten Farben innerhalb 2—3 Wochen
 zu färben. Schwarze und Reinigungssachen liefern wir
 in 8 Tagen.
 Uniformen und Uniformmäntel werden in kürzester Zeit
 tadellos gefärbt und ausgerüstet. Herbst- und Winter-Aufträge
 bitten wir uns schon jetzt zuweisen zu wollen.
 Mit vorzüglicher Hochachtung
Dehnert & Co.,
 Filiale: Hauptstraße, Ecke Postplatz.

Radfahrer staunt!
 Freibereifung „Gordon“
 mit Garantiefahrt, ist die einzige
 brauchbare Bereifung, welche weich
 wie Gummi fährt. Rennfahrer
 und Behörden benutzen diese. Wenn
 nicht absolut brauchbar, zahle Geld
 zurück. Preisliste mit Abbildungen
 umsonst.
Otto Dalchow, Berlin SW.,
 Urdorfstraße 17.

Sanitäre
 Artikel für Herren und Damen,
 Nitterspritzen, Frauentrop-
 fen. Preisl. grat. Diskr. Versand.
Sanitätshaus Orient,
 Dresden 107, Böllnerstr. 33.

Große Kartoffelkisten
 hat abgegeben
 „Deutsches Haus“.

Sand und Kies von Carl Gumboldt in Eibenstock.